tende Schuldenrest beträgt daher am 1. April 1911 noch 68 Millionen Mark. Das Etatsjahr 1910 bringt nun einen reinen Ueberschuß von nahezu 58 Millionen Mark, so daß nur noch 10 Millionen Mark von der ganzen Liquidationsmasse zu tilgen sind; was als Arbeit für drei Jahre vorgeschrieben war, ist nun nahezu in einem Jahre geleistet worden. Diese Tatsache ist der beste Beweis für die Gesundung unserer Reichsfinanzen. Von rund 240 Millionen Mark sind also in einem Jahre 230 Millionen Mark getilgt worden. Aber daneben gingen nach die Ausgaben für die ordentliche Tilgung der Reichsschuld; diese betrugen 1910 rund 32 Millionen Mark, 1911 rund 50 Millionen Mark, also insgesamt zusammen 82 Millionen Mark, so daß die gesamte Tilgung der Reichsschulden 312 Millionen Mark ausmacht und dies in den letzten 13 Monaten. Welches Land der Erde und namentlich welcher Großstaat hat eine ähnliche Leistung aufzuweisen? Man sage nur den breitesten Volksschichten dieses Resultat und man braucht die Reichsfinanzreform gar nicht mehr länger zu verteidigen.

— **Die Steuerhetze der Nationalliberalen** charakterisiert treffend der nationalliberale Dr. Fr. Siebert; in der nationalliberalen Wochenschrift „Die Wacht" führt er unter der Ueberschrift: „Ketzerische Gedanken eines nationalliberalen Laienpolitikers" folgendes aus:

„Wer den ganzen Stimmungsgehalt auf sich wirken lasse, der seit der Finanzreform durch die großen liberalen Zeitungen dem Publikum vermittelt worden sei, der könne sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob der Liberalismus in der Agitation alles getan habe, um die Leute zur Sozialdemokratie hinüberzutreiben. Man habe es dem einfachen Manne geradezu in den Mund gestrichen: Du hast jetzt aus Zorn über den schwarz-blauen Block einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Der Liberalismus verliere wenig Leute an die Konservativen und an das Zentrum, wenn er sie nicht mit Gewalt dahin abdränge; aber sehr viel verliere er an die Sozialdemokraten. Der einfache Mann gehe nach der schärferen Tonart. Wer unter den Leuten herumfrage, der werde immer und immer wieder hören: Was wollen die Nationalliberalen eigentlich noch neben dem geeinten Liberalismus? Die nationalliberale Partei habe ihre Existenzberechtigung nicht nach rechts, sondern gegenüber den angeblichen Freunden auf der Linken zu beweisen. Was nütze der Partei die schöne Bekämpfung des schwarzblauen Blockes, wenn ihre Angehörigen dabei fortschrittlich und sozialdemokratisch würden."

— **Die Arbeitgeberorganisation in Deutschland.** Dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände gehörten im Jahre 1910 an 53 Verbände mit 890 Unterverbänden, deren Mitglieder 1 700 000 Arbeiter beschäftigten. Bei der Geschäftsstelle des Vereins wurden 150 Streiks angemeldet; die Zahl der durch Streiks und Aussperrung ausgefallenen Arbeitstage betrug etwa 10¾ Millionen, von denen 9 Millionen auf Aussperrungen entfallen. Als die größte Bewegung mit etwa 8½ Millionen ausgefallenen Arbeitstagen ist die Aussperrung im Baugewerbe anzusehen. Die Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hat sämtliche für 1910 von 12 Gesellschaften angemeldeten 2 204 857 Montage als entschädigungsberechtigt anerkannt. Von diesen Montagen entfallen 1 275 483 auf Streiks und 929 374 auf Aussperrungen. Der Hauptteil kommt auf den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit 1 757 798 Montagen, die hauptsächlich auf den Werftarbeiterkampf herrühren. Es wurden insgesamt 205 800 Mark als Entschädigung ausgeschüttet. Ein neuer Streikversicherungsverband, der Mitglieder des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände aufnimmt, ist in Berlin unter dem Namen „Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft" gegründet worden. Der Verband will besonders den kleinen Verbänden und einzelnen Firmen die Möglichkeit einer Versicherung gegen Arbeitseinstellungen geben. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pfennige, der Jahresbeitrag 1 Mark auf 1000 Mark Jahreslohnsumme. Die Entschädigung soll 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Arbeiters für den durch Streik oder Aussperung ausgefallenen Arbeitstag und Arbeiter betragen.

Schweiz.

— **Die christlichen Arbeiterinnenvereine in der Schweiz** befinden sich gleich den Arbeitervereinen — über deren Bestand wir kürzlich berichteten — in einer fortwährend starken Entwicklung, wie aus den soeben erschienenen Jahresberichten zu entnehmen ist. Danach haben die Vereine nach einer Zunahme von rund 2000 Mitgliedern im abgelaufenen Jahre heute eine Mitgliederzahl von 12 554. Das Vereinsvermögen beträgt 117 899,82 Franken. Die segensreiche Tätigkeit der Vereine erhellt am besten aus der Summe, die für hauswirtschaftliche Kurse verausgabt wurde, nämlich 31 449,63 Franken. An 11 Orten besitzen die Vereine eigene Häuser, die einen Gesamtwert von 852 450 Franken repräsentieren.

Rom.

— **In kirchlichen Kreisen wird das portugiesische Trennungsdekret** als die schlimmste Art einer „Separation" erklärt, die jemals zur Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet wurde. Es wird darauf verwiesen, daß durch das Dekret 1. Wohltätigkeitsgesellschaften mit Kultusausübung geschaffen werden, in denen die Geistlichkeit nicht die geringste Rolle spielen darf, 2. daß dem Staate ein übertriebenes Polizeirecht über alle äußeren Kundgebungen des Kultus verliehen wird, das sich sogar auf die Seminare erstreckt, 3. daß es dem Placet der Regierung alle päpstlichen Dokumente und andere Kundgebungen der kirchlichen Autorität unterstellt, 4. daß es den portugiesischen Geistlichen verbietet, in Rom zu studieren, 5. daß es religiöse Kongregationen verbietet, die keinen Wohltätigkeitszweck haben, und 6. daß es dem Staate das absolute Eigentum an allen Kultusgebäuden überträgt. Alle diese Bestimmungen und noch andere von minderer Wichtigkeit werden vom Heiligen Stuhle als Verletzung der Freiheit der Kirche angesehen, die das Gesetz absolut unannehmbar machen. Der Papst wird seine Entscheidung in Form einer Enzyklika an die portugiesischen Bischöfe bekanntgeben. Der Heilige Stuhl hat sehr befriedigende Nachrichten über die Disziplin des portugiesischen Klerus, der in mehreren Diözesen bereits beschlossen hat, die Regierungspensionen abzulehnen und das Dekret nicht anzuerkennen. Das Blatt „Mundo" gibt nun bekannt, daß alle Geistlichen, die bis zum 1. Juli nicht den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet haben, nicht nur nicht die Pensionen erhalten, sondern auch an der Ausübung des Kultus gehindert werden. — Der Lissaboner Korrespondent der „Morning Post" fällt folgendes Urteil über das Trennungsdekret der portugiesischen Regierung: „An die Stelle des Konkordates tritt nun ein Polizeigesetz, das dem Staate alles gibt und der Kirche alles nimmt, ja noch mehr als das: Der Staat will vollständig die Hand auf die Kirche legen und sie zu einer papst- und bischoffreien Kirche umgestalten." — Der Lissaboner Korrespondent des „Standart" äußert sich noch deutlicher dahin, daß das Trennungsdekret „eine unerhörte Verletzung der Gewissensfreiheit" darstelle, die von allen gerecht denkenden Leuten abgelehnt werden müsse. — Dem „Temps" wird von seinem Spezialberichterstatter aus Lissabon gemeldet, daß das Trennungsdekret in auffälliger Weise die nichtkatholischen Bekenntnisse bevorziehe und Ausnahmegesetze für die katholische Religion schaffe.

Italien.

— **Der 15. internationale Pressekongreß** wurde am 4. d. M. von dem Präsidenten der Internationalen Union der Pressevereine, Wilhelm Singer-Wien, Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblattes", in Gegenwart des Königs mit einer Ansprache eröffnet.

Frankreich.

— **Die Regierung** will erst am 4. d. M. die Nachricht von der Ankunft des Majors Brémond in Fez erhalten haben.

England

— **Im Unterhause** wünschte Dillen eine Veröffentlichung des Textes der französischen Note, durch die die Absicht der französischen Regierung, Truppen nach Fez zu senden, mitgeteilt worden sei, und ebenso Veröffentlichung der britischen Antwort darauf. Hierauf erwiderte Grey, diese Mitteilung sei mündlich erfolgt und eine Note zur Veröffentlichung existiere nicht. Später fragte Keir Hardie, ob Fez nicht vor einer Woche von den Sultanstruppen entsetzt sei, und, wenn dem so wäre, was für eine Notwendigkeit für eine französische Intervention vorliege. Hierauf erwiderte Sir Edward Grey, die letzten Nachrichten aus Fez lauteten, daß die Sultansmahalla dorthin zurückgekehrt sei, daß in Fez selbst Ruhe herrsche, außerhalb der Stadt aber völlige Unordnung und daß die Stadt vom Verkehr abgeschnitten sei. Die französische Regierung habe mitgeteilt, daß auf dringendes Ersuchen des Sultans Frankreich erklärt habe, bei der Bildung einer Mahalla zum Entsatze von Fez mitzuwirken. — Sodann wurde in die Debatte über den nationalen Versicherungsgesetzentwurf eingetreten. Die Krankenversicherung gliedert sich in obligatorische und freiwillige; erstere besteht in obligatorischen Abzügen vom Wochenlohne oder vom Verdienste, der weniger als 160 Pfund Sterling jährlich beträgt. Hierzu treten die Beiträge des Arbeitgebers und des Staates. Ausgenommen von dem Gesetze sind Lehrer und Angehörige von Heer und Marine, für die besondere Vorsorge getroffen werden soll. Der Gesetzentwurf dürfte erst am 1. Mai 1912 in Kraft treten.

— **Die neue englische Patrone,** womit die Armee ausgerüstet wird, wiegt 11,3 Gramm gegenüber 13,97 Gramm der bisher gebräuchlichen und in jeder Patrone kommen 2,47 Gramm Cordit zur Verwendung. Die Länge der Patrone ist 7,5 Zentimeter, die Länge des Geschosses 3 Zentimeter, die Durchschnittsgeschwindigkeit 560 Meter in der Sekunde, Anfangsgeschwindigkeit 577 Zentimeter, Druck 18½ Tonnen.

Türkei.

— **Ueber einen Tempelraub in Jerusalem** wird amtlich gemeldet: Vor etwa zwei Jahren wurde Kapitän Parker, der Bruder des Earl Morley, mit einer archäologischen Expedition nach Jerusalem geschickt, um dort Ausgrabungen zu veranlassen. Das Ziel der Nachgrabungen richtete sich auf eine gewisse Geheimschrift, die den genauen Plan über eine Menge von Schätzen angeben sollte, die von altjüdischen Königen vergraben worden waren. Die Expedition nahm im vorigen Sommer ihr Werk wieder auf. Sie sandte regelmäßig an die Personen, die an den Arbeiten interessiert sind, Briefe, doch hörten diese Zuschriften, wie Reuter erfährt, vor einigen Tagen auf. Die Briefe zeigten, daß die Arbeiten in und um den Teich von Siloah fortschritten, und daß in den unterirdischen Gängen einige sehr interessante archäologische Entdeckungen und sehr schätzenswerte Funde von alten Töpfen und von Mauerwerk aus sehr früher Zeit gemacht wurden. Die letzten Informationen lauteten dahin, daß das Stück, das das letzte Objekt der Ausgrabungen war, durchforscht worden sei mit Ausnahme eines Stückchens, zu dem der Durchgang nur durch die Omarmoschee möglich wäre. Es scheint also, fügt die Information hinzu, daß, wenn die Berichte aus Jerusalem richtig sind, die Moschee als Zugang zu diesem Stückchen Land benutzt worden ist; doch werden die Beschuldigungen, daß die Mitglieder der Expedition sich bei dieser Gelegenheit wertvolle Reliquien in der Moschee angeeignet haben, in London nicht als ernsthaft begründet erachtet. So der englische Bericht. Die türkischen dagegen behaupten, daß wertvolle Gegenstände aus Gräbern entwendet wurden, die seit Jahrhunderten nicht geöffnet worden waren. Eine Gerichtskommission hat die Untersuchung eingeleitet. Die Muslims sind gegen die Engländer sehr erregt; man befürchtet große religiöse Unruhen.

China.

— **Von chinesischen Truppen zerstreute Chunchusenbanden** beunruhigen wiederum die Bewohner der umliegenden Dörfer. Die Truppenabteilung, die die Banden verfolgt, wurde durch ein Kavallerieregiment aus Mukden verstärkt. Der neue Generalgouverneur hat um die Entsendung einer 6. Division nach der Mandschurei ersucht. — In der Stadt Kanton herrscht wieder Ruhe. Die Rebellion ist vollkommen niedergeschlagen. Der Vizekönig ordnete die vollständige Ausrottung der Rebellen an und kündigte schwere Strafen für sämtliche Teilnehmer an der letzten Aufruhrbewegung, sowie eine Revision des Gesetzes über das Waffentragen an. Nach Kanton sind sechs Kriegsschiffe abgegangen, um der Polizei bei der Suche nach den Rebellen Hilfe zu leisten.

Amerika.

— **Der Präsident der Republik Panama** Dr. Arosemena hielt am 3. d. M. in der Stadt David bei einem Bankett eine Rede, als plötzlich durch das offenstehende, in seiner nächsten Nähe befindliche Fenster sechs Schüsse abgegeben wurden. Die Kugeln, die aus einem Revolver kamen, sausten dicht an dem Kopfe des Präsidenten vorbei, ohne ihn jedoch zu treffen. Es wurde sofort nach dem Attentäter geforscht, aber diesem war es gelungen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Aus den deutschen Kolonien.

— **Die Geldknappheit in Südwestafrika.** In südwestafrikanischen Blättern finden sich lebhafte Klagen darüber, daß das wirtschaftliche Leben der Kolonie ins Stocken geraten sei, daß insbesondere ein außerordentlicher Kapitalmangel auf dem Schutzgebiete laste. Diese Klagen sind wenigstens im zweiten Teile leider begründet, wie sie ja auch seit längerer Zeit bereits bekannt sind; und die Sorge um einigermaßen ausreichende Beihilfe ist ernst genug. Völlig verfehlt aber ist es, wenn einzelne Zeitungen direkt oder indirekt den Versuch machen, die Schuld an diesem unerfreulichen Zustande denjenigen zuzuschieben, die angeblich der amtlichen Wirksamkeit Dernburgs ein Ende gemacht haben. Das „Berl. Tagebl." unternimmt diesen Versuch in der Weise, daß es fragt, ob wohl der Abg. Erzberger und die „Deutsche Tagesztg." schon Mittel an der Hand hätten, Südwestafrika wieder auf die Beine zu helfen. Die „Deutsche Tageszeitung" möchte dem „B. T." raten, selbst solche indirikten Bälle zugunsten des Herrn Dernburg lieber nicht zu versuchen. Die derzeitige in vieler Beziehung ungünstige Lage in Südwestafrika ist zu einem Teile wohl darauf zurückzuführen, daß man zeitweilig die Entwicklungsmöglichkeiten oder doch das Entwicklungstempo des Schutzgebietes überschätzt hat; in der Hauptsache aber ist sie die Frucht der Dernburgschen Politik. Herr Dernburg hat allerdings in einzelnen Fällen durch die Ermunterung zur Gründung kolonialer Gesellschaften auch Geld in die Kolonien hineingebracht; mit besonderem Erfolge allerdings nicht in einem einzigen Falle. Weit „erfolgreicher" dagegen ist seine Politik in der Richtung gewesen, daß sie Gesellschaften die Möglichkeit gegeben hat, aus den Kolonien Geld herauszuziehen. Wenigstens ist das unbedingt und im höchsten Maße die Folge des Dernburgschen Eintrittes für die Kolonialgesellschaft gewesen. Weniger noch daran, daß er ihr den größeren Teil des Diamantengebietes zugewendet, als daran, daß er allen anderen Diamantenschürfern Abgaben an die Gesellschaft auferlegt hat, die ihre Tätigkeit in hohem Grade lähmen, liegt es, daß die Kolonie von dem Diamantensegen bisher noch verzweifelt wenig zu spüren bekommen hat; abgesehen natürlich von den fiskalischen Einnahmen aus der Diamantenausbeute. Ferner haben wir in der Aera Dernburg Jahr für Jahr und immer dringlicher vor der Gepflogenheit warnen müssen, zum Zwecke der Herstellung günstiger kolonialer Bilanzen — wiederum namentlich in Südwest — den Ansiedelern durch die Zoll- und Steuerpolitik Lasten aufzuerlegen, denen sie einstweilen noch nicht gewachsen sind und denen nicht einmal eine einigermaßen ausreichende staatliche Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zur Seite stand.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 5. Mai 1911.

—* **Se. Majestät der König** nahm heute vormittag im Residenzschlosse die Vorträge der Staatsminister, des Königlichen Kabinettssekretärs sowie die Rapporte der Hofstaaten entgegen.

—* **Se. Majestät der König** wohnt morgen vormittag 11 Uhr der feierlichen Eröffnung der Hygieneausstellung bei. Von der Ausstellung begibt er sich ins Residenzschloß, wo anläßlich der Eröffnung der Ausstellung königliche Frühstückstafel stattfindet. Nach der Tafel besichtigt er die Vorführungen des Dresdner Reitvereins in der Gardereiterkaserne.

—* **Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Johann Georg** wohnte heute vormittag der Eröffnung der Großen Aquarellausstellung auf der Brühlschen Terrasse bei.

—* **Der Gott Rimm bei den Sozialdemokraten.** Je mehr die Genossen das klassenbewußte Proletariat feiern und die Brüderlichkeit immer rosiger ausmalen, desto mehr Defraudanten finden sich in der Partei und in den Gewerkschaften. So berichten die größeren Verbände bereits jede Woche von solchen „brüderlichen" Helden. In der letzten Nummer des „Grundstein" vom 29. April sind wiederum zwei Fälle verzeichnet. In einem Falle handelt es sich um den Kassierer Alfred Weidlich aus Zeitz. Dieser unterschlug 122,30 Mark Verbandsgelder. Dafür erhielt er 14 Tage Gefängnis. Zu dieser Strafe schreibt das rote Blatt wörtlich: „Die Strafe ist gerade nicht danach angetan, gewissenlose Betrüger in der Zukunft von neuen Unredlichkeiten abzuhalten. Das nimmt sich bald wie eine Prämie aus, die zur Nachahmung reizt. Zum Glücke lassen nicht alle Gerichte solche Milde walten." — Ob Milde, ob Strenge walten würde, derartige Kassenräuber werden nicht ausbleiben. Es wird ganz nach sozialdemokratischer Lehre hier gehandelt. Man feiert doch nicht allein die Brüderlichkeit, sondern auch die Gleichheit und die Gütergemeinschaft. Wer nun nichts hat, nimmt eben nach dem roten Rezepte, wo etwas zu haben ist. Und wenn auch ein paar Hundert Mark weniger in die Hauptkasse fließen, was tut es? Für die Arbeiter wird ohnehin blutwenig ausgegeben. Nach dem Kassenberichte (4. Quartal 1910) des roten Bauhilfsarbeiterverbandes wurden für die Mitglieder ausgegeben für Streik, Aussperrung, Kranken-, Sterbe, Reise-, Umzugsunterstützung usw. 4332 Mark 43 Pfennig und für Verwaltung und Agitation 47 488 Mark 67 Pfennig. Ist es hierbei ein Wunder, wenn ein „aufgeklärter" Kassierer beim Vergleiche solcher Ziffern die Hände nach solchen „gemeinsamen Gütern" ausstreckt? Th. Le —

—* **Wetterprognose der Königl. Sächs. Landes-Wetterwarte zu Dresden für den 6. Mai: Nordwestwind, „zeitweise aufheiternd, kühl, kein erheblicher Niederschlag.**